

Antrag A5008: Freiräume heute für die Zukunft sichern – 7 Leitlinien für die Haushaltspolitik in Deutschland und Europa

| | |
|--------------------|--------------------------------------|
| Antragsteller/-in: | Bundesvorstand der Freien Demokraten |
| Status: | zugelassen |
| Sachgebiet: | A5 - Politik, die rechnen kann |

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Freiräume heute für die Zukunft sichern – 7** 2 **Leitlinien für die Haushaltspolitik in Deutschland** 3 **und Europa**

4 Im vergangenen Jahrzehnt konnten Bundesregierungen aus dem Vollen schöpfen:
5 Sprudelnde Steuereinnahmen, eine florierende Wirtschaft und extrem niedrige
6 Zinsen schienen eine Selbstverständlichkeit zu sein. Mit der Pandemie, dem
7 russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und hoher Inflation zeigt sich: Diese
8 scheinbare Gewissheit war trügerisch. Die steigenden Zinsen und die multiplen
9 Herausforderungen belasten den Haushalt schwer – aus den Spielräumen der
10 Vergangenheit sind die Lücken der Gegenwart erwachsen.

11 Besonders schwer wiegen jetzt die Entscheidungen der früheren unionsgeführten
12 Bundesregierungen: Die Phase großer Möglichkeiten durch wirtschaftliches
13 Wachstum und niedrige Zinsen wurde von ihnen nicht für Zukunftsinvestitionen
14 genutzt – das dokumentieren die Defizite bei der Bundeswehr, der
15 Verkehrsinfrastruktur, der Digitalisierung und unseres Bildungssystem leider
16 eindrucksvoll. Statt in die Zukunft des Landes zu investieren, wurden unter
17 Führung der Union fehlgeleitete Subventionen eingeführt, überdimensionierte
18 Sozialleistungen beschlossen und unnötige Schulden gemacht. Nun, da sich das
19 Zinsniveau normalisiert, lassen sich die fatalen Wirkungen dieser Politik
20 erkennen: Vieles war nicht nachhaltig finanziert, auf dem Bundeshaushalt lasten
21 schwere Hypotheken.

22 Deshalb muss jetzt entschlossen gehandelt werden: Der sicherheits- und
23 energiepolitischen Zeitenwende muss die ökonomische und fiskalische Zeitenwende
24 konsequent folgen. Wachstum muss neu erarbeitet, staatliche Ausgaben kritisch
25 geprüft und Aufgaben neu priorisiert werden.

26 Für die Rückkehr zu einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik haben wir Freie
27 Demokraten nun Verantwortung übernommen. Unser Ziel ist es, neue
28 Handlungsspielräume für die Aufgaben der Zukunft zu schaffen. Wir orientieren
29 uns dabei auch an den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds: Der IWF
30 ruft dazu auf, Staatsausgaben zurückzufahren, gerade auch um fiskalpolitisch den
31 notwendigen Beitrag zur Bekämpfung der nach wie vor hohen Inflation zu leisten.
32 Diesen Rat nehmen wir sehr ernst. Die Zeiten reiner Verteilungspolitik sind
33 vorbei. Wir müssen darüber sprechen, wie Politik die Voraussetzungen für neues
34 Wachstum schaffen kann.

35 Die Pandemie und der russische Angriff auf die Ukraine haben die Haushaltslage
36 besonders strapaziert. Hier wurden auch mit Unterstützung der Freien Demokraten
37 in einer Ausnahmesituation außerordentliche Mittel mobilisiert, um Existenzen zu
38 sichern und enorme Belastungen zu dämpfen. Zu viele politische Akteure scheinen
39 sich aber an diesen politischen Ausnahmezustand gewöhnt zu haben. Für uns Freie
40 Demokraten ist klar: Der Krisenfall darf nicht zum Normalzustand werden. Denn
41 Staatsfinanzen werden nicht in der Krise ruiniert, sondern wenn nach der
42 Überwindung nicht der Exit gefunden wird. Daher muss jetzt der Weg zurück zu
43 geordneten Finanzen beschritten werden. Die Antwort auf die haushälterischen
44 Herausforderungen darf nicht die Aufgabe jeder Ambition sein, sondern es muss um
45 diszipliniertere Haushaltskonsolidierung gehen. Steuererhöhungen können
46 angesichts historisch hoher Steuern und Abgaben keine Option sein. Deutschland
47 ist bereits ein Höchststeuerland. Dies macht Deutschland schon jetzt
48 unattraktiver für Zukunftsinvestitionen. Auch neue Schulden sind kein Ausweg.
49 Das gilt in Deutschland, aber auch in Europa. Wir Freie Demokraten bekennen uns
50 zu einer starken und stabilen EU. Gerade deswegen bleibt die fiskalische
51 Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten ein Grundpfeiler europäischer
52 Zusammenarbeit. Hier muss Deutschland als Anwalt für Stabilität bei der
53 diskutierten Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts seiner Verantwortung
54 gerecht werden.

55 Mit folgenden Leitlinien wollen wir Freie Demokraten die Rückkehr zu stabilen
56 öffentlichen Finanzen in Deutschland und Europa gewährleisten:

57 **1. Bekenntnis zur Schuldenbremse**

58 In den vergangenen Jahren musste die Schuldenbremse des Grundgesetzes mehrfach
59 ausgesetzt werden. Das war angesichts der historischen Krisen der globalen
60 Pandemie und des Kriegsausbruchs in Europa angemessen, um die enormen
61 Belastungen für die Bevölkerung abzufedern. Nun bestätigt aber auch der IWF,
62 dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dringend notwendig ist. Auch
63 wenn die indirekten Folgen des Krieges weiterhin zu Belastungen in unserem Land
64 führen, ist derzeit kein exogener Schock erkennbar, der eine weitere Ausnahme im
65 Sinne des Grundgesetzes begründen könnte. Deswegen müssen wir zur Schuldenbremse
66 zurückkehren. Sie ist nicht nur ein Gebot der Verfassung, sie hat sich auch
67 ökonomisch und politisch bewährt. Sie ist ein Garant für stabile Staatsfinanzen,
68 bietet ausreichend Flexibilität, erlaubt Zukunftsinvestitionen und gebietet
69 exzessiven, nicht nachhaltig finanzierten Ausgabenwünschen Einhalt. Daher setzen
70 wir uns allen Versuchen entgegen, die Schuldenbremse zu umgehen, wie dies
71 aktuell auch aus den Reihen unserer Koalitionspartner gefordert wird. Die
72 ungenutzten Mittel des Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF) dürfen nicht
73 zweckentfremdet werden, um reguläre politische Vorhaben an der Schuldenbremse
74 vorbei zu finanzieren. Um den Kernhaushalt vor schuldenfinanzierten
75 Begehrlichkeiten zu schützen, wurde der WSF wie auch das Sondervermögen zur
76 Stärkung der Bundeswehr strikt zweckgebunden angelegt. Wir Freie Demokraten
77 wehren uns gegen Versuche, die Schuldenbremse und ihre Wirkungsweise
78 auszuhöhlen. Das gilt nicht nur im Bund: Auch in den Ländern muss die

79 Schuldenbremse geachtet werden. Der Bund hat die Länder in den vergangenen
80 Jahren bei ihren originären Aufgaben außerordentlich unterstützt. Viele
81 Bundesländer konnten deswegen Überschüsse erzielen und Schulden abbauen.
82 Trotzdem greifen einige Landesregierungen wie in Berlin, Bremen oder dem
83 Saarland zu immer neuen Töpfen neben dem jeweiligen Haushalt, um politische
84 Programme schuldenfinanziert umzusetzen. Diese Praxis unterläuft die durch die
85 Verfassung vorgegebene Schuldenbremse und ist zu beenden.

86 **2. Überprüfung der staatlichen Effizienz**

87 Nach Zahlen des Bundesrechnungshofs gelten 90 Prozent des Bundeshaushalts als
88 „versteint“, weil durch eingegangene Verpflichtungen, personalbezogene
89 Ausgaben und Sozialausgaben Verbindungen bestehen. Lediglich über 10 Prozent des
90 Haushaltsvolumens kann noch frei verfügt werden. Umso entscheidender ist, diese
91 Ausgaben jetzt grundsätzlich auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit zu
92 prüfen und auch die langfristige Ausgabenentwicklung im Blick zu behalten. Die
93 Wirkungsweise von Subventionen und Sozialleistungen sollte deswegen auf ihre
94 Treffsicherheit evaluiert werden. In der aktuellen fiskalischen Lage ist es
95 entscheidend, dass mit jedem Euro das maximal Mögliche erreicht wird.
96 Gleichzeitig können Wechselwirkungen verschiedener Programme deren Effektivität
97 hemmen. Die Ausweitung von Sozialleistungen kann dem Ziel höherer Beschäftigung
98 entgegenwirken. Der sowohl effizientere als auch gesellschaftlich gerechtere Weg
99 ist es, nicht Sozialleistungen durch mehr Umverteilung zu verstetigen, sondern
100 durch gute Bildung und Qualifikationsprogramme Menschen aus der Abhängigkeit von
101 Transferleistungen zu befreien.

102 Wir müssen in der Koalition bewerten, welche Mittel für das angestrebte Ziel
103 tatsächlich effizient eingesetzt sind – und welche nicht. Dabei sollte es keine
104 Denkverbote geben – allerdings müssen mögliche Einsparungen auch inhaltlich wohl
105 begründet sein. Maßnahmen zur Erreichung eines ideologischen Ziels, die
106 gleichzeitig zu einseitigen Belastungen führen, können keine Grundlage für eine
107 seriöse Haushaltspolitik bilden. Diese notwendige Überprüfung muss dabei auch
108 die Grenzen des Staates in den Fokus nehmen. Nicht alles, was wünschenswert ist,
109 kann mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Auch die Projekte der Koalition
110 müssen streng im Lichte der finanziellen Möglichkeiten betrachtet und auf der
111 Zeitschiene stärker priorisiert werden.

112 **3. Reform der Sozialversicherungen**

113 In dem Jahrzehnt, in dem der Großteil der Babyboomer aus dem Erwerbsleben
114 ausscheidet, werden Konstruktionsfehler in den sozialen Sicherungssystemen
115 besonders offensichtlich. Während die Ausgaben in der gesetzlichen Renten-,
116 Kranken- und Pflegeversicherung sprunghaft ansteigen werden, stehen diesen
117 Ausgaben immer weniger Einzahlende gegenüber. Diese Herausforderung wurde durch
118 umfangreiche Leistungsausweitungen unter CDU-Kanzlerschaft verschärft. Als Folge
119 mehren sich die Rufe nach stärkerer Unterstützung durch steuerfinanzierte
120 Zuschüsse. Das würde aber nicht nur dem historischen System der deutschen
121 Sozialversicherungen widersprechen, es würde auch den Staat langfristig
122 überfordern.

123 Spätestens jetzt ist es an der Zeit, um Kursänderungen in den
124 Sozialversicherungen zu erreichen. Dabei muss der Fokus insbesondere darauf
125 liegen, ein Umlagesystem wie die gesetzliche Rente durch mehr Kapitaldeckung zu
126 unterstützen. In der Rentenversicherung werden wird mit dem Aufbau des
127 Generationenkapitals einen lange überfälligen Schritt einleiten. Ohne uns Freie
128 Demokraten in Verantwortung wäre dies nicht möglich gewesen. Bis zur Mitte des
129 kommenden Jahrzehnts müssen wir einen Kapitalpuffer aufbauen, der das Renten-
130 und Beitragsniveau stabilisieren kann. Klar ist aber auch: In der aktuellen
131 Phase ist kein Raum für zusätzliche Leistungsausweitungen.

132 **4. Keine neuen Steuerbelastungen**

133 Im nächsten Jahr werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden nach
134 aktuellen Prognosen das erste Mal die Marke von einer Billion Euro
135 überschreiten. Angesichts dieser Zahl ist offensichtlich: Dieser Staat hat kein
136 Einnahmenproblem. Forderungen nach Steuererhöhungen, neuen Steuern oder
137 einseitigen Mehrbelastungen sind deshalb nicht nachvollziehbar. Auch
138 Überlegungen, die Steuerbelastung nur für bestimmte Gruppen auszuweiten, hätten
139 erhebliche Auswirkungen. Es bleibt ein richtiges politisches Ziel, den
140 Mittelstandsbauch abzuflachen. Dieses Ziel müssen wir aber durch eine kluge
141 Fiskalpolitik erreichen, nicht durch neue Belastungen. Ein Abbau des
142 Mittelstandsbauchs durch Steuererhöhungen an anderer Stelle würde zu
143 Steuersätzen von bis zu 57 Prozent bei Einkommen ab 80.000 Euro führen. Dies
144 würde Arbeitsplätze gefährden, Fachkräfte abschrecken und Familienunternehmen an
145 andere Standorte treiben. Steuererhöhungen sollen als einfacher Ausweg vor
146 schwierigen politischen Entscheidungen genutzt werden. Dafür wird es mit den
147 Freien Demokraten keine Mehrheiten geben.

148 Die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Standorts hat in den vergangenen Jahren
149 gelitten. Eine Debatte um neue Steuerbelastungen würde Abwanderungsrisiken und
150 Wohlstandverlust nur befeuern. Stattdessen müssen kluge Entlastungsmöglichkeiten
151 in den Blick genommen werden, die gleichzeitig die Attraktivität des Standorts
152 erhöhen und als Hebel für Innovation und private Investitionen wirken. Hierzu
153 gehören etwa die Ausweitung von Abschreibungsmöglichkeiten und eine
154 Investitionsprämie.

155 **5. Schaffung verlässlicher Fiskalregeln auf EU-Ebene**

156 Was in Deutschland gilt, gilt auch in Europa: Nach Jahren der Krise, in denen
157 die öffentlichen Haushalte massiv belastet wurden, muss nun zu stabilen Finanzen
158 zurückgekehrt werden. In der EU gilt das angesichts hoher Schuldenstandsquoten
159 einiger Mitgliedsstaaten in besonderem Maße. Schon in der Vergangenheit haben
160 wir erlebt, wie Unsicherheiten in nationalen Haushalten die Stabilität der EU
161 als Ganzes gefährdet haben. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) hat sich
162 nicht zu jeder Zeit als geeignetes Instrument erwiesen, um dies zu verhindern.
163 Deswegen bringen wir uns konstruktiv in die Debatte um eine Überarbeitung des
164 Regelwerks ein. Uns geht es dabei darum, den SWP nicht schwächer, sondern
165 effektiver und durchsetzungsstärker zu machen. Für uns Freie Demokraten ist
166 klar: Die transparenten und verständlichen Maastricht-Kriterien von maximal 3

167 Prozent Haushaltsdefizit und 60 Prozent Schuldenstandsquote können nicht zur
168 Disposition stehen. Sie müssen im Gegenteil in der Anwendung gestärkt werden.
169 Während genügend Freiräume für Zukunftsinvestitionen erhalten bleiben müssen,
170 müssen die Regeln gleichzeitig einen realistischen und ambitionierten Abbau von
171 Defiziten und Schulden gewährleisten. Ebenso müssen einheitliche Regeln für alle
172 Mitglieder gelten. Die europäischen Fiskalregeln dürfen keinen Eindruck einer
173 intransparenten Hinterzimmerpolitik entstehen lassen.

174 **6. Keine Schuldenunion**

175 Mit „Next Generation EU“ wurde zur Bewältigung der Folgen der Pandemie auf EU-
176 Ebene ein einmaliges Investitionsprogramm aufgelegt. Bei dieser Einmaligkeit
177 muss es bleiben – es kann kein Türöffner für den Weg in eine Schuldenunion sein.
178 Derzeit mehren sich die Forderungen nach neuen EU-Programmen. Dafür gibt es aber
179 keinen sachlichen Anlass: Viele Mittel von „Next Generation EU“ wurden noch
180 nicht abgerufen. In diesem Licht sind auch angekündigte politische Reaktionen
181 auf den US Inflation Reduction Act zu betrachten: Ein Subventionswettbewerb wäre
182 nicht nur ordnungs- und handelspolitisch falsch. Es fehlt auf der europäischen
183 Ebene auch nicht an zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln. Neue EU-
184 Förderprogramme würden deswegen keine neuen Impulse bringen, sondern nur
185 fiskalische Zuständigkeiten verwischen und einen Weg zu einer Schuldenunion
186 ebnen. Statt auf der Schaffung neuer schuldenfinanzierter Instrumente sollte der
187 Fokus aber darauf liegen, wie Bürokratie abgebaut werden kann, um eingestellte
188 Mittel tatsächlich zum Abfluss zu bringen. Eine Schuldenunion – auf direktem
189 oder indirektem Weg – ist mit den Freien Demokraten nicht zu machen. Die
190 Fiskalpolitik muss Teil der Selbstverantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben.

191 **7. Nutzung privater Kapitalmärkte vor Subventionen**

192 Die europäische Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA kann kein
193 Subventionswettbewerb sein. Die Politik darf sich nicht darum drehen, an welchen
194 Stellen der Staat noch mehr Subventionen und Förderprogramme einrichten kann.
195 Denn es wird übersehen: Das Gros der Investitionen kommt aus dem privaten
196 Bereich. Der massive Einsatz von staatlichen Mitteln wäre deshalb nicht nur
197 ordnungspolitisch fehlgeleitet – wirtschaftlicher Wettbewerb, das Zusammenspiel
198 der Märkte und unternehmerisches Risiko und Haftung haben sich historisch stets
199 als innovationstreibender als staatliche Planung gezeigt. Der Staat wird auch in
200 seiner Wirkungsweise überschätzt. Den erheblich größeren Hebel für die
201 Modernisierung unseres Landes würden stärkere private Investitionen bewirken.
202 Deswegen müssen Anreize für Investitionen geschaffen und die Attraktivität des
203 Finanz- und Kapitalmarktstandorts Deutschland insgesamt gestärkt werden. Hierzu
204 wurden schon Initiativen auf den Weg gebracht, die gerade das
205 marktwirtschaftliche Umfeld für Start-ups und KMUs erleichtern. Wir wollen hier
206 weitere Schritte gehen. Damit entlasten wir perspektivisch auch den
207 Bundeshaushalt, weil gute private Investitionsbedingungen staatliche
208 Ausgabenprogramme ersetzen können.
209 Stabile Finanzen sind kein Selbstzweck. Sie sind eine Voraussetzung dafür, dass
210 wirtschaftliches Wachstum gelingen kann. Sie schaffen Freiräume für Innovationen

211 und Investitionen. Sie wirken nachhaltig, indem künftigen Generationen keine
212 zusätzlichen Belastungen auferlegt werden. Sie tragen dazu bei, dass wir nach
213 den Krisenerfahrungen der jüngsten Vergangenheit auch für künftige
214 Herausforderungen gut gewappnet sind. Um Wachstum zu fördern und das Versprechen
215 der Generationengerechtigkeit zu erfüllen, gibt es nur eine Möglichkeit: Der
216 Staat muss lernen, mit den Mitteln auszukommen, die Menschen und Betriebe
217 erwirtschaften. Machen wir, was wichtig wird.

Begründung

Erfolgt mündlich.